



HESSISCHER LANDTAG

10. 03. 2020

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Ulrike Alex (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD),
Christoph Degen (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Gernot Grumbach (SPD),
Angelika Löber (SPD) und Fraktion**

**Zukunft des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) nach dem
überraschenden Schulterschluss zwischen der Rhön-Klinikum AG und
dem Klinikbetreiber Asklepios**

Medienberichten zufolge beabsichtigt der zweitgrößte private Klinikkonzern Asklepios, die Rhön-Klinikum AG, zu der das Universitätsklinikum Gießen-Marburg gehört, zu übernehmen. Konkret heißt es in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Februar, dass Asklepios seine Anteile an Rhön in einem gemeinsamen Joint Venture, das künftig rund 49 Prozent am Unternehmen hält, zu bündeln. Weiter heißt es, dass die Verhandlungen darüber in den letzten zwei Monaten geführt worden seien.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie und wann hat die Landesregierung von den Übernahmeplänen bzw. dem Joint Venture erfahren?
2. Waren die Übernahmepläne für die Landesregierung vorhersehbar und wenn nein, warum nicht?
3. Wie beurteilt sie die Übernahme der Rhön-Kliniken durch Asklepios vor dem Hintergrund, dass Rhön 2005 noch weitgehend in „Streubesitz“ war und danach eine massive Konzentration auf Asklepios sowie den Medizintechnikkonzern B. Braun stattgefunden hat?
4. Inwiefern sieht die Landesregierung ein Versäumnis darin, vor Ablauf der „Change-of-Control“-Klausel vorsorglich bereits die massive Konzentration als „Change of Control“ zu werten?
5. Wie und inwiefern hat die Landesregierung über diese massive Konzentration vor Bekanntwerden der Übernahmepläne mit der Konzernleitung gesprochen?
6. Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Landesregierung die Übernahme für das Universitätsklinikum Gießen-Marburg insgesamt und für die Beschäftigten im Besonderen? Sieht sie die Rechte der Beschäftigten gewährleistet und die Einbindung des Betriebsrates sichergestellt?
7. Inwiefern sind welche weiteren Rationalisierungsstrategien zu befürchten? Geht sie von Veränderungen der Stellsituation aus oder wenn nicht, warum nicht?
8. Wird die Landesregierung bzw. das Finanz- und das Wissenschaftsministerium Gespräche über das Joint Venture mit den Klinikbetreibern führen und wenn ja, wann und mit welchem Ziel?
9. Wie bewertet die Landesregierung das Motiv des Zusammenschlusses, in der privaten Krankenhauslandschaft größere Einheiten zu schaffen und Marktanteile zu bündeln?
10. Inwiefern stellt das Joint Venture eine Konsolidierung im Gesundheitswesen dar?

11. In welchem Zusammenhang stehen die Übernahmepläne mit den Aussagen des Konzerns, der seine Aktionäre erst jüngst auf einen Gewinnrückgang im laufenden Jahr eingestellt hatte?
12. Inwiefern steht das Joint Venture im Zusammenhang mit dem verstärkten regulatorischen Druck der Unternehmen, insbesondere bezogen auf die vom Bundestag beschlossene Personaluntergrenze in der Pflege, die das Ergebnis 2020, so das Unternehmen, belastet?
13. Inwiefern steht das Joint Venture im Zusammenhang mit den Anlaufkosten für den Einstieg in die Telemedizin?
14. Inwiefern steht das Joint Venture im Zusammenhang mit der Auflösung der Pattsituation im Eigentümerkreis von Rhön und wie bewertet die Landesregierung diesen Sachverhalt?
15. Inwiefern soll Rhön „ein eigenständiges Unternehmen bleiben“?
16. Aus welchen Gründen wurde dem Auslaufen der Rückkaufklausel vonseiten der Landesregierung keine Beachtung geschenkt?

Wiesbaden, 10. März 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Dr. Daniela Sommer
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Christoph Degen
Lisa Gnadl
Gernot Grumbach
Angelika Löber